

PRESSEMITTEILUNG

PRESSEMITTEILUNG

Verkehrspolitik

Nr. 165/13 vom 20. März 2013

Hans-Jörn Arp und Volker Dornquast: Kaltenkirchen muss Option bleiben – Flughafen Lübeck stärken

Der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Hans-Jörn Arp, und der Abgeordnete Volker Dornquast haben heute (20. März 2013) die Ankündigung eines Verzichts auf die Option für den Flughafen Kaltenkirchen durch die Regierungen der fünf norddeutschen Bundesländer scharf kritisiert:

„Die Option für Kaltenkirchen auf einen norddeutschen Flughafen dürfen nicht begraben werden. Sie müssen elementarer Bestandteil eines tragfähigen gemeinsamen norddeutschen Luftverkehrskonzeptes bleiben“, forderte Arp.

Das sei von vitalem Interesse für Schleswig-Holstein. Ministerpräsident Albig dürfe sich nicht erneut über den Tisch ziehen lassen.

„Herr Albig sollte aus der HUSUM-Wind gelernt haben, dass für Hamburgs Ersten Bürgermeister Olaf Scholz eine Norddeutsche Kooperation knapp nördlich des Elbtunnels endet. Immer wenn Albig sich auf Scholz verlässt, geht Schleswig-Holstein baden“, so Arp. Die schleswig-holsteinische Landesregierung müsse sich deshalb alle Optionen offen halten.

Kooperation bedeute für die CDU Schleswig-Holstein, dass beide Länder gleiche Entwicklungschancen haben. Die restriktiven Betriebszeiten des Flughafens Hamburg würden über kurz oder lang zu Kapazitätsgrenzen zum

Nachteil beider Länder führen. Darüber hinaus bestehe für Schleswig-Holstein das bislang ungelöste Lärmproblem durch die überproportionale Belastung im Rahmen der Überflüge im Hamburger Rand.

„Ich fordere deshalb die städtische Flughafengesellschaft Hamburg und ihre privaten Partner auf, sich verstärkt um eine Kooperation mit dem Flughafen Lübeck zu bemühen. So kann das Luftfahrtdrehkreuz Metropolregion Hamburg schon heute gestärkt werden“, sagten die Abgeordneten.

„Für den Fall, dass die Option auf den Flughafenbau nach intensiver Prüfung aufgegeben wird, müssen die Grundstücke an die alten Eigentümer und die betroffenen Gemeinden sofort zurück gegeben werden“, forderte Dornquast.

Das Land Schleswig-Holstein müsse dann selbstverständlich hinten anstehen. „Nur so hat die Region Kaltenkirchen die ehrliche Chance, sich weiter zu entwickeln“, so Volker Dornquast.